

Sichere Versorgung mit Arzneimitteln

Aus der Debatte im Thüringer Landtag und dem Sofortbericht der Landesregierung

Der Landtag hatte in seiner Sitzung am 22. Juni auf Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Die Apotheke vor Ort erhalten – Flächendeckende Versorgung durch Apotheken in Thüringen für die Zukunft sichern“ debattiert. Für die Landesregierung hatte Staatssekretärin Ines Feierabend (LINKE) einen Sofortbericht erstattet.

Sie sagte u.a.: „Aus Sicht der Landesregierung braucht es zur Absicherung einer flächendeckenden Arzneimittelversorgung in Zukunft vor allem eine Lösung für die mit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs eingetretene Situation, dass inländische Apotheken zur Einhaltung der Arzneimittelpreisverordnung verpflichtet, ausländische Versender nicht mehr an den einheitlichen Abgabepreis gebunden sind. Der Europäische Gerichtshof hatte mit der Entscheidung vom 19.10.2016 festgestellt, dass die im deutschen Recht verankerte Preisbindung eine nicht gerechtfertigte Beschränkung des freien Warenhandels in der EU darstellt. Aus fachlicher Sicht ist daher zu befürchten, dass durch Übernahme von Marktan-

teilen durch ausländische Versender das bestehende System gestört wird. Es ist zu befürchten, dass die Gemeinwohlpflichten der Apotheken im Nacht- und Notdienst, die Herstellung individueller Rezepturen, aber auch die lokale Zusammenarbeit der Heilberufler nicht mehr im gewohnten Umfang geleistet werden können. Aber nicht nur das; der Mittelstand wird geschwächt, Arbeitsplätze in den Regionen gehen verloren, Steuereinnahmen sinken.

Inhabergeführte Apotheke

Diesen möglichen Folgen für die Arzneimittelversorgung begegnend sollte nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs im Rahmen eines Bundesratsverfahrens der Versandhandel auf nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel beschränkt werden. Damit wäre eine Regelung analog zur der Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erlassen worden. Das Bundesgesundheitsministerium hatte hierzu zunächst ein gesondertes Gesetzgebungsverfahren angekündigt.

Ein Gesetzentwurf ist jedoch nicht in das parlamentarische Verfahren gelangt. Der Meinungsbildungsprozess,

welches der richtige Weg ist, um die Arzneimittelversorgung auch in Zukunft sicherzustellen, ist derzeit auf Bundesebene noch nicht abgeschlossen. Es bedarf aber unbedingt und schnellstmöglich einer zielführenden Diskussion, wie negative Auswirkungen der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs auf die Arzneimittelversorgung in Deutschland verhindert werden können.“

Zusammenfassend erklärte die Staatssekretärin im Sozialministerium: „Die Landesregierung steht zur inhabergeführten Apotheke als Garant für eine sichere Arzneimittelversorgung. Die Apothekenlandschaft in der derzeitigen Ausgestaltung ist für die Erfüllung der Kernaufgaben der Apotheken notwendig. Arzneimittelvergabe mit hochwertiger pharmazeutischer Beratung, auch im Notdienst, auch bei individuellen Verordnungen von Rezepturen, für eine kompetente wohnortnahe Versorgung bei transparenter Ausgestaltung der Honorierung sind die Aufgaben für die Zukunft und hierfür setzt sich die Landesregierung auch auf Bundesebene weiter ein.“

„Da ist doch was falsch“

Der Gesundheitspolitiker der Linksfraktion, Jörg Kubitzki, gab in der Debatte übrigens auch Folgendes zu bedenken: „Der Staat hält beim Handel und Verkauf von Medikamenten die Hand auf und kassiert 19 Prozent Mehrwertsteuer. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Letzten Endes ist das sogar Geld, das ich als gesetzlich Krankenversicherter in die Krankenkasse zahle. Die Krankenkasse bezahlt die Medikamente, ich bezahle die Zuzahlung und zusätzlich werden von meinem Krankenkassenbeitrag noch 19 Prozent Mehrwertsteuer abkassiert – das sollte schleunigst abgeschafft werden. Wenn ich für meine zwei Kater eine Futterbüchse kaufe, bezahle ich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Da ist doch was falsch hier in diesem Land. Das kann es doch nicht sein.“ ■

Auch ein MP sollte in die Rentenversicherung einzahlen

Die Pläne für die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform standen im Mittelpunkt des Sommerinterviews des MDR Thüringen mit Ministerpräsident Bodo Ramelow am 9. Juli. Was von der Reform in der laufenden Legislaturperiode noch durchgebracht werden könne, „das kommt darauf an, welche Anteile wir in dieser Legislaturperiode noch anschieben und welche hineinwirken in die nächsten Legislaturperioden.“ Einen kompletten Stopp schloss Bodo Ramelow aus. Angesichts vieler gar nicht oder unterbesetzter Stellen müssten Behörden modernisiert und Änderungsprozesse auf den Weg gebracht werden.

Angst, wegen der umstrittenen Reform nicht wiedergewählt zu werden, hat der MP nicht: „Ich habe einen Amtseid für das Land abgelegt, und das Land muss zukunfts fest gemacht werden.“ Als weiteres wichtiges Ziel nannte er die Unterrichtsgarantie, die Staatskanzleiminister Benjamin Hoff jüngst für die Thüringer Schulen abgegeben hatte.

Im Alltagsgeschäft kümmere er sich zurzeit „unglaublich um Investoren“. Das Land sei in erfolgreichen Gesprächen. „Wir sind noch nie so attraktiv gewesen. Und deshalb glaube ich, dass wir dem Land auch mehr Mut machen, dass wir mehr Mutmacher brauchen, statt diejenigen, die nur damit unterwegs sind, Wut zu organisieren.“

Zur Frage politischer Konstellationen nach der Bundestagswahl sagte Bodo Ramelow, er wünsche sich Rot-Rot-Grün. Das Land brauche eine Offensive gegen Armut in der Gesellschaft; die Finanzierung des Sozialstaates müsse neu diskutiert werden und deswegen müsse man auch an das Thema Steuern ran. Als Christ verweise er dazu einmal ganz deutlich auf die Bibel: „Einer trage das andere Last. Und wer etwas mehr tragen kann, der möge es auch tun. Und ich finde, auch ein Ministerpräsident sollte endlich ganz normal in die Rentenversicherung einzahlen.“ ■

Urheberrechtsgesetz mit Fallstricken

Am 30. Juni hat der Bundestag das Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz beschlossen. Es soll eine entscheidende Lücke bei der für Hochschulen essentiellen Bereitstellung von digitalen Semesterapparaten schließen. Dazu erklärte Christian Schaft, wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

„Damit wird sichergestellt, dass über eine Pauschalvergütung der Hochschulen an die Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) Literatur für Studierende zugänglich gemacht werden kann.

Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, drohte doch die heute übliche Form digitaler Semesterapparate an bürokratischen Hürden zu scheitern. Dennoch kann der jetzige Vorschlag am Ende nicht überzeugen: So bleibt vollkommen unklar, wie diese Frage im kommenden Wintersemester gelöst werden soll, da die neue gesetzliche Vorschrift erst zum 1. März 2018 in Kraft tritt.“ Der Abgeordnete appellierte daher an die Arbeitsgruppe aus Hochschulrektorenkonferenz, Kultusministerkonferenz und VG Wort, sich auf eine für die Hochschulen tragbare Übergangslösung im Sinne der Pauschalvergütung zu einigen oder das bestehende Moratorium bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zu verlängern.

Zudem kritisierte er den beschlossenen Gesetzestext als „zu zaghaft“. Statt der ursprünglich vorgesehenen

25 Prozent eines jeden Werkes sollen nur 15 Prozent im Rahmen der Pauschalvergütung abgegolten werden. „Es ist natürlich wichtig und richtig, dass Autoren eine angemessene Vergütung für ihre Publikationen erhalten. Die starken Beschränkungen auf nur 15 Prozent eines jeden Werkes schränken jedoch die Spielräume der Hochschulen zu sehr ein. Hier wäre ein Festhalten am ursprünglich vorgesehenen Viertel eines Werkes begrüßenswert gewesen.“ In diesem Sinne kritisierte der Wissenschaftspolitiker zudem, dass das deutsche Urheberrecht auch nach dieser Novelle noch immer nicht angemessen auf aktuelle Entwicklungen im Bereich kostenfrei zugänglicher wissenschaftlicher Publikationen (Open Access) reagiert. Er verwies auf die durch die Koalitionsfraktionen initiierte Open-Access-Strategie für Thüringen (Drs. 6/3439), in der auch eine Bundesratsinitiative angekündigt wird:

„Gerade im Sinne einer freien Entfaltung der Wissenschaft braucht es zwingend ein allgemeines Zweitveröffentlichungsrecht für Autoren, das es ihnen erlaubt, neben der kommerziellen Vermarktung der Ergebnisse auch eine nicht-kommerzielle Open Access-Publikation durchzuführen. Da dieser Punkt leider nicht von der Bundesregierung aufgegriffen wurde, werden wir uns dafür stark machen, dass nach der Bundestagswahl über den Bundesrat dazu ein Vorschlag durch Thüringen in die Debatte eingebracht wird.“ ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.